

Biden: Kleinlaute Ehrerbietung gegenüber Netanjahu & rechtswidrige Angriffe auf Jemen - Trita Parsi

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Talia Baroncelli: Hallo, ich bin Talia Baroncelli, und Sie sehen theAnalysis.news. In Kürze wird Dr. Trita Parsi zu Gast sein, um über Israels andauernde Bombardierung des Gazastreifens sowie über die rechtswidrigen Angriffe der USA und Großbritanniens auf den Jemen zu sprechen.

Ohne Sie können wir diese Sendung nicht produzieren, deshalb sind wir für Ihre Beiträge dankbar. Sie können spenden, indem Sie auf unsere Website theAnalysis.news gehen und auf die Schaltfläche 'Spenden' in der oberen rechten Ecke des Bildschirms klicken. Tragen Sie sich in unsere Mailingliste ein und abonnieren Sie die Sendung, wo immer Sie sie sehen oder hören, sei es auf YouTube oder auf Podcast-Streaming-Diensten wie Apple oder Spotify. Wir sehen uns gleich mit Trita Parsi.

Auf dem Weltwirtschaftsforum sprach der für die New York Times schreibende Kolumnist Thomas Friedman mit Außenminister Antony Blinken über die Zahl der Todesopfer in Gaza. Er fragte Blinken, ob „jüdische Leben mehr zählen als palästinensische und muslimische Leben, muslimische und palästinensische christliche Leben, angesichts der unglaublichen Asymmetrie bei den Opfern?“ Blinken antwortete mit Nachdruck: „Nein, Punkt. Für mich, und ich glaube für viele von uns, ist das, was wir jeden Tag in Gaza sehen, erschütternd. Und das Leid, das wir unter unschuldigen Männern, Frauen und Kindern sehen, bricht mir das Herz. Die Frage ist: Was ist zu tun?“

Die meisten Menschen würden behaupten, dass man nicht lange nach einer Antwort auf diese Frage suchen muss, nämlich dass ein sofortiger Waffenstillstand im Gazastreifen erforderlich ist, ebenso wie die Förderung umfangreicher humanitärer Hilfe und die Freilassung aller von der Hamas festgehaltenen israelischen Geiseln. Die Freilassung der Palästinenser in so genannter Verwaltungshaft, welche einer Geiselnahme gleichkommt, ist ebenfalls erforderlich, wie das Knessetmitglied Dr. Ofer Cassif argumentiert. Die Bombardierung der

palästinensischen Zivilisten durch die IDF hat jedoch nicht dazu geführt, dass die Geiseln freigelassen wurden. Dennoch hat sie in nur wenigen Wochen mehr Tod und Zerstörung in Gaza angerichtet als die alliierten Bombenangriffe auf Dresden in zwei Jahren. Südafrikas historischer Antrag auf einstweilige Maßnahmen vor dem Internationalen Gerichtshof, um Israels Verstößen gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention von 1948 Einhaltung zu gebieten, dokumentiert ausführlich das Töten und Verhungernlassen von Palästinensern sowie Äußerungen israelischer Beamter, die eindeutig ihre völkermörderische Absicht zum Ausdruck bringen.

Einer der südafrikanischen Anwälte hat sich auf eine Erklärung des leitenden Ökonomen des Welternährungsprogramms, Arif Husain, bezogen, in der er sagte: „Ich beschäftige mich seit zwei Jahrzehnten mit diesem Thema, und für mich ist die Situation in Gaza beispielloser“. Er kam zu dem Schluss, dass er hinsichtlich der Schwere, des Ausmaßes und der Geschwindigkeit noch nie etwas Vergleichbares gesehen habe. Ich möchte auf eine weitere Bemerkung von Blinken in diesem Interview des Weltwirtschaftsforums hinweisen, die meiner Meinung nach ziemlich aufschlussreich für die hegemoniale Denkweise der USA ist, und ich zitiere: „Wir wissen, wenn wir uns nicht engagieren, wenn wir nicht die Führung übernehmen, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder jemand anderes tut es, und aus der Sicht eines Amerikaners bedeutet das wahrscheinlich, dass dies in einer Weise geschieht, die nicht unseren eigenen Interessen und Werten entspricht; oder, was noch schlimmer ist, vielleicht tut es niemand. Und dann hat man ein Vakuum.“

Bei mir ist jetzt Trita Parsi, leitender Vizepräsident des Quincy Institute for Responsible Statecraft. Nochmals vielen Dank für Ihr Kommen.

Trita Parsi: Dankeschön.

TB: Beginnen wir mit den jüngsten rechtswidrigen Angriffen auf Jemen. Sowohl die USA als auch Großbritannien haben Jemen angegriffen, um Raketenabwehrsysteme und Drohnen im Jemen zu beschädigen, um die Huthis an Angriffen auf Handelsschiffe im Roten Meer zu hindern.

Admiral John Kirby vom Nationalen Sicherheitsrat sagte, dass diese Maßnahmen in keiner Weise eine Eskalation darstellen und verhältnismäßig sind. In ähnlicher Weise hat der britische Premierminister Rishi Sunak erklärt, dass die Angriffe notwendig seien und in Selbstverteidigung durchgeführt würden, um die Integrität der britischen Schiffe und der britischen Wirtschaft zu schützen. Besonders bemerkenswert ist seine Aussage, dass die Angriffe der Huthis nichts mit Israels Bombardierung des Gazastreifens zu tun haben, obwohl die Huthis selbst ausdrücklich erklärt haben, dass sie ihre Angriffe einstellen würden, wenn es zu einem Waffenstillstand in Gaza käme. Versuchen die Führungsspitzen der USA und Großbritanniens hier gezielt, die Öffentlichkeit über die Gründe für die Angriffe der Huthis in die Irre zu führen?

TP: Sie haben völlig Recht. Das ist schlicht und ergreifend falsch. Meiner Meinung nach müssen sie solche Lügen vorbringen, weil die Leute sonst anfangen, Fragen zu stellen. Moment mal, wenn das Ziel darin besteht, die Seewege zu öffnen und sicherzustellen, dass es keine Angriffe auf die Schifffahrt gibt, dann bestand auch eine diplomatische Option. Die war, einen Waffenstillstand anzustreben, was im Übrigen den Interessen der USA noch besser dient. Aber das haben Sie nicht getan. Sie haben es nicht einmal versucht. Sie haben sich sofort für eine Militäraktion entschieden, was bedeutet, dass Sie nicht nur einen Ansatz wählen, der weit weniger erfolgversprechend, sondern eher kontraproduktiv ist. Wenn Sie sagen, dass der Krieg das letzte Mittel ist, müssen Sie zuerst die diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen. Nun, dies wurde gerade ins Lächerliche gezogen, weil man keine Diplomatie versuchte, sondern militärische Maßnahmen als erste Option wählte. Ich denke, wenn man sich die Berichterstattung der Leitmedien anschaut, dann haben die meisten von ihnen bis vor wenigen Tagen nicht einmal die Forderung der Huthi nach einem Waffenstillstand erwähnt. Sie ließen es so aussehen, als seien die Huthis die Bösen, die uns für das hassen, was wir sind, und all diesen Unsinn. Es ist also nicht so, als ob die Medien einen Waffenstillstand gutheißen müssten. Sie hätten durchaus prüfen müssen, ob die Huthis einen Waffenstillstand einhalten würden. Sie haben der Öffentlichkeit das Wissen über ihre Forderung und die Möglichkeit, die Situation im Roten Meer durch einen Waffenstillstand zu beruhigen, vorenthalten. Zumindest hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf zu wissen, dass diese Option besteht. Ob man diese Option wählen sollte oder ob es Probleme mit ihr gibt, ist eine andere Geschichte. Aber über die Existenz dieser Option sollten die Medien berichten. Stattdessen haben sie es verschwiegen.

Das ist sicherlich im Sinne der Regierung, denn es wurde ein Narrativ geschaffen. Die New York Times schrieb, Biden habe das Gefühl gehabt, keine Wahl zu haben. Ihm waren die Hände gebunden. Ganz und gar nicht. Er hat sich selbst die Hände gebunden. Darüber hinaus war es völlig kontraproduktiv, denn als die USA mit dem Beschuss der Huthis begannen, verstärkten sich zunächst einmal die Angriffe der Huthis. Sie finden jetzt häufiger statt als zuvor. Außerdem haben die Huthis vorher keine amerikanischen Schiffe angegriffen; jetzt tun sie es. Darüber hinaus ist dadurch die Lage in der Region aufgeheizt worden, und das hat die Sache erleichtert. Die Blockade des Roten Meeres wurde effektiver, weil jetzt weniger Schiffe bereit sind, durch das Rote Meer zu fahren, da zwischen den USA und den Huthis ein Schusswechsel herrscht. Die Blockade dient also tatsächlich dem Ziel der Huthis, die Meerenge zu blockieren. Die Regierung hat keinen Plan, wie sie aus dieser Situation herauskommen kann. Meiner Meinung nach ist das ein großer Fehler, kontraproduktiv und widerspricht völlig den Zielen, die die Regierung verfolgt, nämlich dem einer Deeskalation.

TB: Natürlich wird ein großer Teil des Erdölhandels über das Rote Meer abgewickelt. Ich glaube, Shell und einige andere Unternehmen haben angekündigt, dass sie ihre Handelsschiffe nicht durch das Rote Meer schicken werden. Für die USA macht es keinen Sinn, diese Angriffe fortzusetzen und zu glauben, der Welthandel würde nach ein paar Angriffen wieder aufgenommen und sie müssten keine weiteren Angriffe durchführen. Dies scheint die Voraussetzungen für weitere Angriffe zu schaffen, nicht wahr?

TP: Sicherlich, denn die Vorstellung, dass ein paar Angriffe die Huthis abschrecken würden - ich meine, die Saudis haben die Huthis mit Hilfe der USA acht Jahre lang ohne Erfolg bombardiert. Die Vorstellung, dass ein paar Angriffe die Huthis zum Einlenken bewegen würden, war natürlich von vornherein unsinnig. Wenn man dann ihre Kapazitäten vollständig einschränken muss, dann reden wir über eine große, große Militäroperation, die weit über das Ausschalten von ein paar Satelliten und Startrampen usw. hinausgeht. Wir sprechen dann im Grunde genommen von einem großen Krieg dort. Auch das macht keinen Sinn, aber es passt zu den Maßnahmen der Biden-Regierung, die alle möglichen Wege und Optionen in Betracht zieht, außer der naheliegendsten, nämlich einen Waffenstillstand anzustreben.

TB: Was halten Sie von der Missachtung des Kongresses durch die derzeitige Regierung? Artikel 1 der Verfassung besagt, dass man die Erlaubnis des Kongresses einholen muss, um Angriffe zu beginnen oder Gewalt anzuwenden. Das hat man hier eindeutig nicht getan. Einige Experten sagen: „Oh, dies ist ein sehr außergewöhnlicher Umstand, der die Einhaltung des War Powers Act und die Konsultation des Kongresses nicht erfordert, weil es sich um eine unmittelbare Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten handelt.“ Das ist völliger Unsinn, denn man kann keine Schiffe in ein Gebiet entsenden, in dem es vermehrt zu Angriffen und Feindseligkeiten kommt. Wenn dieses Schiff dann zufällig getroffen wird, wird behauptet: „Oh, das ist ein Fall für die nationale Sicherheit. Wir müssen eingreifen und den Kongress übergehen.“

TP: Hinzu kommt, dass es keine Angriffe auf US-Schiffe gab, was einen Unterschied bedeuten würde. Wenn es Angriffe gegeben hätte, dann gäbe es zumindest eine Grundlage, um von Selbstverteidigung zu sprechen, aber das war nicht der Fall. Ich denke, in dieser Hinsicht unterscheidet sich die Regierung nicht von früheren Regierungen, die den Kongress bequemerweise umgangen haben. Es ist wirklich Aufgabe des Kongresses, sich durchzusetzen und seine Autorität geltend zu machen. Es gibt ein paar Mitglieder, die sich darum bemühen, sowohl auf der republikanischen als auch auf der demokratischen Seite, Tom Massie, Ro Khanna, natürlich auf der demokratischen Seite, aber bisher nicht die Art von Mehrheit, die nötig wäre, um das Verhältnis zwischen dem Kongress und der Exekutive tatsächlich wieder ins Gleichgewicht zu bringen und es so zu gestalten, wie es gemäß der Verfassung hätte sein sollen.

TB: Wenden wir uns wieder dem Thema zu, das im Moment alle beschäftigt, nämlich Israels anhaltende ethnische Säuberung und Bombardierung der Palästinenser. Natürlich hat Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof einen sehr überzeugenden Fall gegen Israel vorgetragen und argumentiert, dass Israel gegen seine Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention von 1948 verstößt und dass derzeit Handlungen stattfinden, die zu Völkermord führen.

Wir werden nicht auf die Einzelheiten dieses Falles eingehen, aber es gab andere Forderungen nach Transparenz in den USA. Übrigens wurde Senator Bernie Sanders, der nicht zu einem Waffenstillstand, sondern zu mehr Transparenz und einer Untersuchung vor Ort aufgerufen hat, zurechtgewiesen. Seine jüngste Resolution sollte untersuchen, ob

Menschenrechtsverletzungen als Folge von oder im Zusammenhang mit den von den USA an Israel gelieferten Waffen begangen werden. Diese Resolution wurde im Senat abgelehnt. Admiral John Kirby sagte außerdem, dass diese Untersuchung gar nicht nötig sei, da Israel seine Operationen im Gazastreifen bald einschränken werde. Angesichts des jüngsten Eingeständnisses von Premierminister Netanjahu, er werde die Gründung eines palästinensischen Staates nicht unterstützen, er werde keinen Weg zur Schaffung einer Zweistaatenlösung unterstützen und die IDF werde ihre Operationen im Gazastreifen nicht einschränken, fällt es wirklich schwer, das zu glauben. Können wir uns wirklich darauf verlassen, dass die Regierung Bidens hier etwas für einen Waffenstillstand unternimmt?

TP: Ich denke, dass die Regierung Bidens durchaus etwas unternehmen kann, es aber bisher nicht getan hat. Sie hat sich dafür entschieden, den Israelis die Führung zu überlassen. Die Israelis unter Netanjahu haben kein Interesse an der Schaffung eines palästinensischen Staates. Sie lehnen ihn rundherum ab. Netanjahu hat kein Interesse an der Beendigung des Krieges. Er will ihn so lange wie möglich aufrechterhalten, denn in dem Moment, in dem der Krieg endet, ist seine politische Karriere beendet. Die Regierung Bidens hat den israelischen Plan im Grunde genommen unterstützt, bevor sie überhaupt wusste, worum es sich dabei handelt. Das ist ein großer Fehler. Die Israelis haben keine Ausstiegsstrategie. In mancher Hinsicht besteht ihre Strategie sogar darin, keinen Ausweg zu haben. Die USA sind jetzt darin verwickelt, da die Regierung Bidens ihre Unabhängigkeit nicht durchsetzt. Irgendwann werden wir wohl dazu gezwungen sein, und es wird uns noch teurer zu stehen kommen, als es dies wäre, wenn er von Anfang an etwas getan hätte.

TB: Was halten Sie von den Aussagen Netanjahus? Wie beurteilen Sie den jüngsten angeblichen Plan der Arabischen Liga, über den die Financial Times berichtet hat und der besagt, dass die Länder der Arabischen Liga bestrebt sind, einen Waffenstillstand, die Freilassung von Geiseln sowie die Gründung eines palästinensischen Staates als Gegenleistung für eine Normalisierung mit Israel auszuhandeln? Ist das im Moment nur ein Wunschtraum?

TP: Ich denke, das stimmt. Alles, was nicht die Schaffung eines palästinensischen Staates zum Ziel hat, eines lebensfähigen palästinensischen Staates, nicht was die amerikanische Seite bisher vorgeschlagen hat, nämlich weit weniger als ein tatsächlicher Staat, alles, was in diese Richtung geht, wird entweder nicht unmittelbar erfolgreich sein, oder es wird die Situation langfristig verschlimmern.

Schauen Sie sich an, was hier geschieht. Das Ganze ist zum Teil das Produkt der von den USA unter Trump übernommenen Vision und Analyse Netanjahus, wonach die Palästinenser keine Rolle mehr spielen. Stattdessen schließen wir Normalisierungsabkommen mit anderen arabischen Staaten, knüpfen wirtschaftliche Verbindungen mit ihnen und bilden eine Anti-Iran-Koalition, und die Palästinenser werden ihnen einfach etwas Geld zuwerfen. Sie werden keine Unabhängigkeit erlangen, aber sie werden einen höheren Lebensstandard erreichen. Im Grunde geht es nicht mehr um die Palästinenserfrage.

Das Zeichen, das den Palästinensern gegeben wurde, ist, dass die jahrzehntelangen diplomatischen Bemühungen, die Anerkennung Israels und all diese Maßnahmen nie zu

etwas geführt haben. Die Israelis blockierten es. Netanjahu brüstet sich damit, dass er derjenige ist, der einen palästinensischen Staat verhindert hat. Zudem haben sich nun auch die Vereinigten Staaten dem angeschlossen und gesagt: Ja, wissen Sie was, unterlassen wir das. Wir werden weiterhin über eine Zwei-Staaten-Lösung sprechen. Aber in Wirklichkeit drängen wir auf Direktflüge zwischen dem Ben-Gurion-Flughafen und Dubai, weil das offenbar wichtiger ist.

Viele von uns haben davor gewarnt, dass die Palästinenser irgendwann wieder Gewalt anwenden würden. Wie und wann das geschehen würde, wusste niemand. Aber man musste kein Genie sein, um zu erkennen, dass man von einer Bevölkerung, einem Volk, nicht erwarten kann, dass es auf unbestimmte Zeit unter einer Besatzung leben wird und dass das alles in Ordnung und überschaubar ist und es zu keinerlei Spannungen und Gewalt kommen wird. Leider ist das nun geschehen.

Die Lehre, die die Regierung daraus gezogen hat, ist das genaue Gegenteil. Anstatt anzuerkennen, dass sie eine treibende Kraft für diese Gewalt war, folgert sie, wie Biden selbst gesagt hat, dass dieser Angriff auf das Vorhaben Bidens zurückzuführen sei, Frieden zu schaffen, was völliger Unsinn ist. Direktflüge zwischen Israel und Dubai oder Israel und Riad sind kein Frieden. Frieden bedeutet, sicherzustellen, dass die Palästinenser einen eigenen Staat schaffen, so dass es keinen Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern mehr gibt. Das ist der eigentliche Maßstab für Frieden. Aber die amerikanische Seite hat das längst aufgegeben, was ich für in Ordnung halte. Es bedeutet aber auch, dass die Vereinigten Staaten zur Seite treten und anderen die Führung bei den Friedensbemühungen überlassen sollten, anstatt auf ihrer neuen, überarbeiteten Definition von Frieden zu beharren, die nichts mit der Sache zu tun hat.

TB: Eine ganz kurze Frage, bevor Sie sich verabschieden müssen. Der Generalstabschef der IDF, [Herzi] Halevi, erklärte, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Israel einen Krieg an einer zweiten Front gegen die Hisbollah und den Libanon führen muss, jetzt größer ist. Können Sie sich das vorstellen?

TP: Die Israelis haben von Anfang an einen Angriff auf den Libanon angestrebt. Sie sind zu dem Schluss gekommen, dass ein Zusammenleben an der Seite der Hisbollah für sie unerträglich geworden ist. Sie dachten, sie könnten an der Seite der Hamas leben. Sie konnten es nicht. Die Hamas griff an. Es war viel schlimmer, als sie erwartet hatten. Angesichts dessen, dass die Hisbollah noch viel mächtiger ist, waren sie über ähnliche Angriffe der Hisbollah in der Zukunft sehr besorgt. Infolgedessen kamen sie zu der Schlussfolgerung, dass sie die Bedrohung beseitigen müssen, anstatt sie zu bewältigen. Von Anfang an wollten sie im Libanon intervenieren. Offensichtlich hat die Regierung Bidens dem frühzeitig einen Riegel vorgeschoben. Aber es scheint, als ob wir wieder am Anfang stehen. Die Israelis beschäftigen sich mit der Möglichkeit. Ich höre in Washington immer öfter, dass es einen Angriff auf den Libanon geben wird. Es ist nur nicht klar wann. Es ist eine Frage der Logistik, keine Frage der Entscheidung. Das schafft eine sehr bizarre Situation, da man in den USA selbst sagt, dass die Hisbollah nicht an einer Eskalation

interessiert ist. Der Iran ist nicht an einer Eskalation interessiert, aber Israel strebt eine solche an. Die Antwort der USA lautet dann: Lasst uns Druck auf den Iran und die Hisbollah ausüben, damit es nicht zu einer Eskalation kommt, die nach der eigenen Einschätzung der USA nicht auf eine Eskalation aus sind, anstatt Druck auf Israel auszuüben, das nach der US-Analyse eine Eskalation anstrebt. Bizarrer könnte es nicht sein.

TB: Es scheint, die USA seien überhaupt nicht bereit, ihren Worten Taten folgen zu lassen und in irgendeiner Form Druck auszuüben, indem sie Israel Hilfe und Waffen verweigern, um einen Politikwechsel herbeizuführen und einen Waffenstillstand zu erreichen.

TP: Ich muss feststellen, dass ein Waffenstillstand im Interesse der USA wäre, weil er die israelisch-libanesische Grenze beruhigen würde. Er würde die Angriffe der irakischen Milizen auf die US-Truppen beenden. Die Angriffe der Huthis im Roten Meer würden dadurch höchstwahrscheinlich gestoppt. Die Freilassung der israelischen Geiseln, die von der Hamas festgehalten werden, würde das Blutbad im Gazastreifen beenden und das Risiko einer regionalen Eskalation beseitigen. All diese Dinge liegen im Interesse der USA. Es gibt nur einen Schritt, der dies tatsächlich erreichen kann, und das ist ein Waffenstillstand. Und genau das ist der einzige Schritt, den die Regierung Bidens mit allen Mitteln zu verhindern versucht.

TB: Trita Parsi, vielen Dank, dass Sie wieder bei uns waren.

TP: Vielen Dank für die Einladung.

TB: Vielen Dank, dass Sie theAnalysis.news verfolgt haben. Unterstützen Sie uns, indem Sie auf unsere Website theAnalysis.news gehen und auf die Schaltfläche 'Spenden' in der oberen rechten Ecke des Bildschirms klicken. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Click here
---	--	--	---

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org